

Bulgarien

Johanna Deimel

Bulgarien zieht noch immer Warteschleifen, wenn es um die Beitritte zum Schengenraum und zur Eurozone geht. Für Schengen wäre Bulgarien laut Europäischer Kommission seit 2010 gerüstet, ein Beitritt aber ist nach wie vor nicht in Sicht (Frankreich, Deutschland und die Niederlande stellen sich vorwiegend aus jeweils innenpolitischen Bedenken dagegen). Hinsichtlich der Aufnahme in die Eurozone hat Sofia im Juli 2018 einen Antrag an die Eurogruppe gestellt, der Bankenunion und dem Europäischen Wechselkursmechanismus (ERM II), dem Vormechanismus für den Euro, beizutreten. Bulgarien hat seine Währung ohnehin fest an den Euro gebunden. Doch die Europäische Zentralbank und die Eurogruppe zögern,¹ verlangen einen Stresstest für die bulgarischen Banken und dass der Bankensektor überwacht sowie Maßnahmen gegen Geldwäsche umgesetzt werden.² Die Eurogruppe bezieht sich dabei auch auf den Forderungskatalog des Kooperations- und Kontrollverfahrens (CVM) im Bereich Justizreform, Kampf gegen Korruption und organisiertes Verbrechen, der erfüllt werden müsse. Ebenso fordert der Konvergenzbericht der Europäischen Kommission vom Juni 2019 von Sofia, für eine Stabilität des Bankensektors zu sorgen.³ Nach Ansicht Brüssels soll der CVM, dem Bulgarien seit 2007 unterliegt, mit dem Mandatsende der noch amtierenden Europäischen Kommission abgeschlossen werden.⁴ Die bulgarische Regierung feierte diese Perspektive als eine Bestätigung ihrer Reformen. Für Beobachter und Kritiker aber ist die Entscheidung eine kaum zu kaschierende Offenlegung des „zahnlosen Tigers“ CVM, der jährlich zu Papier gebrachte Mahnungen auflistete, aber keine wirklichen Sanktionsmechanismen im Instrumentenkasten bereithielt. Der ehemalige Justizminister (von 2014 bis 2015 im Amt) und Vorsitzende der Partei „Ja Bulgarien“, Hristo Ivanov, charakterisierte den jüngsten CVM-Bericht als „Grotteske“ und bekam prominente Schützenhilfe von Lozan Panov, dem Vorsitzenden des Obersten Kassationsgerichts, der sich in keiner Weise mit der im Bericht attestierten Unabhängigkeit der Gerichte einverstanden zeigte.⁵

-
- 1 Adelheid Wölfl: Strenge Bedingungen für Bulgarien auf dem Weg in die Eurozone, in: Der Standard, 6.2.2019.
 - 2 Council of the European Union: Statement on Bulgaria's path towards ERM II participation, 12.7.2018, abrufbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2018/07/12/statement-on-bulgaria-s-path-towards-erm-ii-participation/> (letzter Zugriff: 12.8.2019).
 - 3 European Commission: Recommendation for a Council Recommendation on the 2019 National Reform Programme of Bulgaria and delivering a Council opinion on the 2019 Convergence Programme of Bulgaria, 5.6.2019, COM(2019)502 final.
 - 4 European Commission: Report from the Commission to the European Parliament and the Council: On Progress in Bulgaria under the Co-operation and Verification Mechanism, 13.11.2018, COM(2019)850 final.
 - 5 Georgi Karasimeonov (Hrsg.): Politbarometer, Year 18, Issue 4 – October-December 2018, Friedrich Ebert Stiftung, Sofia.

Skandale über Skandale

Der Kampf gegen Korruption ist ein Kernbereich der im CVM aufgelisteten „benchmarks“. Angesichts der Skandale der vergangenen Monate entstehen Zweifel, ob Bulgarien seit 2007 in diesem Bereich weiter gekommen ist. Die Verstrickungen zwischen Politik und Oligarchen sind nach wie vor tief, sogar von „staatlich geschützter Korruption“ ist die Rede.⁶ Europaweit Schlagzeilen machte im November 2018 der betrügerische Handel mit bulgarischen Pässen, die besonders im Nachbarland Nordmazedonien, aber auch bei Bürgern aus der Republik Moldau und der Ukraine und bei dubiosen russischen Oligarchen als Eintrittskarten in die Europäische Union auf Nachfrage stießen.⁷ Darin verwickelt ist der stellvertretende Premierminister und Vorsitzende der „Bulgarischen Nationalen Bewegung“ (VMRO), Krassimir Karakachanov. Zudem geht es um den Missbrauch von EU-Fördergeldern im großen Stil. Im März 2019 wurde aufgedeckt, dass die Baufirma GP-Group, die der Regierung nahe stehen soll, 500 Mio. Euro aus EU-Geldern abgezweigt haben soll.⁸ Insbesondere sorgten Skandale um Immobilien selbst für Furore. Von EU-Fördergeldern in Höhe von 101 Mio. Euro (über den Zeitraum 2007 bis 2013) für die Entwicklung des ländlichen Raums sind Gelder abgezweigt und Gästehäuser gebaut worden.⁹ Vermutet wird, dass Fördergelder sogar zur Geldwäsche genutzt wurden, beispielsweise beim Bau von Gästehäusern in der bulgarischen Stadt Velingrad.¹⁰ Im Frühjahr 2019 wurde „Apartmentgate“ publik, bei dem es um ungewöhnlich günstige Luxuswohnungen für prominente Politiker geht. Auch der stellvertretende Wirtschaftsminister Aleksander Manolev musste im Zuge des Skandals seinen Posten räumen.

Die Aufdeckungen sind in weiten Teilen mutigen JournalistInnen zu verdanken. Nach dem Mord an der investigativen Journalistin Viktoria Minova, die im Oktober 2018 einer Vergewaltigung zum Opfer gefallen war, wurde die schlechte Situation der Pressefreiheit in Bulgarien international wieder ein Thema. Bei der Organisation Reporter ohne Grenzen liegt das Balkanland auf der Rangliste der Pressefreiheit auf Platz 111 (von 186) und nimmt damit die schlechteste Position unter EU-Mitgliedern und Balkanstaaten ein.

Rücktritte und innerparteiliche Spannungen

Die Regierungsparteien, zum einen die von Ministerpräsident Boiko Borissov geführte bürgerlich-konservative GERB („Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens“), zum anderen die in den „Vereinigten Patrioten“ versammelten rechten Parteien VMRO, der „Nationalen Front zur Rettung Bulgariens“ (NFSB) und der rechtsextremen „Ataka“, waren von zum Teil heftigen Turbulenzen geschüttelt. Skandale, ein schwerwiegender

6 Georgi Gotev: For oligarchs or Mafiosi, obtaining a Bulgarian passport is easy and cheap, abrufbar unter: <https://www.euractiv.com/section/justice-home-affairs/news/for-oligarchs-or-mafiosi-obtaining-a-bulgarian-passport-is-easy-and-cheap/> (letzter Zugriff: 12.8.2019).

7 Kenno Verseck: Korruption: Das lukrative Geschäft mit EU-Pässen, in: Deutsche Welle: 6.11.2018; vgl. hierzu auch die Beiträge „Malta“ und „Zypern“ in diesem Jahrbuch.

8 Robert B. Fishman: Brüssel soll unseren Klügel stoppen, abrufbar unter: https://www.deutschlandfunkkultur.de/eu-wahl-in-bulgarien-bruessel-soll-unseren-kluegel-stoppen.979.de.html#:article_id=446268 (letzter Zugriff: 12.8.2019).

9 Krassen Nikolov: The biggest fraud with EU money in Bulgaria so far: the guesthouses scam, 2.5.2019, abrufbar unter: <https://euelectionsbulgaria.com/the-biggest-fraud-with-eu-money-in-bulgaria-so-far-the-guesthouses-scam/> (letzter Zugriff: 12.8.2019).

10 Atanas Chobanov: 5 out of 6 guesthouses in bulgarian resort town linked to local officials, abrufbar unter: <https://bivol.bg/en/5-out-of-6-guesthouses-in-bulgarian-resort-town-linked-to-local-officials.html> (letzter Zugriff: 12.8.2019).

Busunfall im August 2018 mit Todesopfern, der mitunter auch aufgrund mangelnder Straßebauarbeiten verursacht wurde, sowie Proteste von Müttern behinderter Kinder gegen die Diffamierungen durch den stellvertretenden Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der NSFB Valeri Simeonov¹¹ setzten eine Kaskade von Rücktritten in Gang. Simeonov musste ebenso seinen Posten als stellvertretender Ministerpräsident räumen wie die Justizministerin Tsetska Zatcheva (GERB) und Tsvetan Tsvetanov, ein enger Vertrauter des Ministerpräsidenten und Vorsitzender der GERB-Fraktion im Parlament. Letztere mussten im Zuge des Apartmentskandals zurücktreten. In der Folge des Skandals um den Bau der Gästehäuser musste neben dem Wirtschaftsminister Manolev auch Landwirtschaftsminister Rumen Poroshanov sein Amt verlassen. Im Zusammenhang mit dem tödlichen Busunfall verloren drei weitere Minister ihre Posten – der Minister für Regionalentwicklung Nikolai Nankov, Innenminister Valentin Radev, und Transportminister Iavailo Moskovski.

Zusätzlich setzten inner- beziehungsweise zwischenparteiliche Spannungen die Regierungskoalition unter Druck. Die unter dem Label „Vereinte Patrioten“ firmierenden rechten beziehungsweise rechtsextremen Parteien, auf deren Unterstützung Ministerpräsident Borissov angewiesen ist, lieferten sich einen offenen Kampf zwischen den NSFB-Vorsitzenden Simeonov und Volen Siderov von Ataka, sodass jede Partei einen eigenen EU-Wahlkampf führte und letztlich nur der Machterhalt in der Regierung die „Vereinigten Patrioten“ zusammenhält. Die politische Krise wurde befeuert durch den Entschluss der Bulgarischen Sozialistische Partei (BSP) im Februar 2019, das Parlament zu boykottieren. Grund hierfür war der später wieder zurückgenommene Beschluss der Regierung Borissov für eine problematische Wahlreform. Die BSP-Parteivorsitzende Kornelia Ninova, die maßgeblich hinter dem Boykott stand, hat damit dem Parlamentarismus in Bulgarien insgesamt geschadet und wird vor allem parteiintern stark kritisiert.

Europäische Union

Nach der EU-Ratspräsidentschaft Bulgariens im ersten Halbjahr 2018 ist die Europapolitik in Bulgarien vom Radar verschwunden, das galt auch für den Europawahlkampf. Im Zentrum standen hier die innerbulgarischen Skandale und inner- beziehungsweise zwischenparteilichen Querelen. Die BSP schickte Elena Yoncheva nach einer Kampfabstimmung gegen den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Parteien Europas (SPE) und ehemaligen Regierungschef, Sergei Stanishev, als Spitzenkandidatin ins Rennen. Yoncheva erwies sich als wenig kundig in Europathemen und bediente ganz den Wunsch der BSP-Vorsitzenden Kornelia Ninova, sich auf innenpolitische Themen zu konzentrieren. GERB bestritt ihren Wahlkampf mit der amtierenden EU-Kommissarin Marija Gabriel. Problematisch für den Europawahlkampf war ferner, dass sich sowohl die GERB-Regierungskoalition als auch die BSP in ihren europapolitischen Ausrichtungen parteiintern uneinig waren. Die Richtungskämpfe traten etwa in der Frage des vom Europäischen Parlament beschlossenen Strafverfahrens nach Art. 7 EUV gegen Polen und vor allem Ungarn zutage.

Laut Eurobarometer haben 53 Prozent der Bulgaren Vertrauen in die Europäische Union. Positiv eingestellt sind vor allem die jungen Bulgaren (über 62 Prozent) und diejenigen mit mittleren (47 Prozent) bis hohen (67 Prozent) Bildungsgraden.¹² Und doch quitierten die Bürger die Uneinigkeiten mit einer niedrigen Wahlbeteiligung von nur

11 Martin Dimitrov: Valeri Simeonov, Bulgaria's Troublemaking Vice-Premier, abrufbar unter: <https://balkaninsight.com/2018/10/25/valeri-simeonov-bulgaria-s-troublemaking-vice-premier-10-25-2018/> (letzter Zugriff: 12.8.2019).

12 Europäische Kommission: Standard Eurobarometer 90, nationaler Bericht Bulgarien, November 2018.

26,2 Prozent (im Europawahljahr 2014 lag die Wahlbeteiligung noch bei 35,84 Prozent), bei der sich GERB gegenüber der BSP klar behaupten konnte. Gestärkt wurde die türkisch dominierte „Bewegung für Rechte und Freiheit“ (DPS), die schon mehrfach an einer Regierung beteiligt war und jetzt wieder für Boiko Borissov interessant wird, nachdem von seinen Koalitionspartnern in den Vereinten Patrioten nur VMRO das Quorum erreichte und Simeonov (NFSB) wie Siderov (Ataka) abgestraft und geschwächt wurden. Insgesamt schickt Bulgarien 17 Abgeordnete ins Europäische Parlament. Nicht dabei ist der zweifelhafte Medienmogul Deljan Peevski, der zwar auf der DPS-Liste an vorderster Stelle erfolgreich kandidierte, das Mandat aber nicht annehmen wird.

Ergebnis Wahlen zum Europaparlament 26. Mai 2019

Partei	Prozentzahlen	Abgeordnete
GERB	31,7	6
BSP	24,26	5
DPS	16,55	3
VMRO	7,36	2
Demokratisches Bulgarien	6,06	1
Volya	3,62	0
NFSB	1,15	0
Ataka	1,07	0

Quelle: 2019 European Parliament Election Results Bulgaria, abrufbar unter: <https://election-results.eu/bulgaria/> (letzter Zugriff: 12.8.2019).

Europapolitische Themen hätte es in Bulgarien viele gegeben. Zum einen ist die Energieversorgung ein Dauerthema, mit dem auch die Frage nach dem russischen Einfluss auf die bulgarische Politik verbunden ist. Themen sind die Gaspipeline „Turkish Stream“ und der Bau des Atomkraftwerks Belene, für die sich der russische Premier Dmitri Medvedev anlässlich seines Besuchs in Bulgarien Anfang März 2019 wieder stark machte. Ebenso geht es um den britischen EU-Austritt, angesichts dessen bulgarische Saisonarbeiter um ihre Arbeit im Vereinigten Königreich fürchten. Aber nicht nur sie sind beunruhigt. Die bulgarische Botschaft in London hat seit Anfang 2019 regelmäßig Informationstage für ihre im Vereinigten Königreich lebenden bulgarischen Bürger eingerichtet. Angesichts des potenziellen EU-Austritts bietet die britische Regierung im Vereinigten Königreich lebenden Bulgaren seit dem 30. März 2019 an, einen Antrag auf Niederlassung zu stellen.

In den Verhandlungen über die Besetzung von EU-Spitzenposten im Nachklang zu den Wahlen zum Europäischen Parlament ist Bulgarien leer ausgegangen. Weder der SPE-Vorsitzende des Europäischen Parlaments Stanishev noch die ehemalige EU-Kommissarin Kristalina Georgieva hatten eine Chance. Ebenso erfolglos war Bulgariens Bewerbung um die Europäische Arbeitsagentur, die nun ihren Sitz in der Slowakei haben wird.

Weiterführende Literatur

Thomas Geissler: Bulgarien nach den Europawahlen, 29.5.2019, Konrad-Adenauer-Stiftung Sofia.
Georgi Karasimeonov (Hrsg.): Polit-Barometer, Friedrich Ebert Stiftung Sofia, 3/2018; 4/2018; 1/2019; 2/2019.